

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Hajo Hoffmann MdB wirft
Verteidigungsminister
Wörner vor, Geld zu ver-
schleudern: Das Milliar-
den-Ding.

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB,
Obmann der SPD-Fraktion
im Innenausschuß des
Deutschen Bundestages,
fordert die Novellierung
des Datenschutzgesetzes:
Bürgerrechte dürfen nicht
unter die Räder kommen.

Seite 3

Erwin Horn MdB, Obmann
der SPD-Fraktion im Ver-
teidigungsausschuß des
Deutschen Bundestages,
resümiert die Begegnung
von SPD-Mitgliedern mit
Bundeswehrangehörigen:
Fruchtbarer Dialog.

Seite 5

Helmut Rohde MdB weist auf
die wachsende Arbeitslo-
sigkeit in der EG und die
ausbleibenden Gegenmaß-
nahmen hin: Europäische
Fehlanzeige.

Seite 7

39. Jahrgang / 183

21. September 1984

Das Milliarden-Ding

Wörner mißachtet Beschlüsse des Haushaltsausschusses
und verschleudert Geld an die US-Regierung

Von Hajo Hoffmann MdB

Der Vorgang ist zweimalig: unmittelbar nach der politi-
schen Wende in Bonn 1982 reiste der Verteidigungsminister
nach Washington und zahlte als Eintrittsbillet 350 Mil-
lionen DM Zuschlag auf die vertraglich vereinbarte Summe
für NATO-Infrastrukturleistungen (Bau von militärischen
Anlagen, Straßen, Häfen, Bunker, Munitionsdepots und so
weiter). Wörner versprach dieses Geld gegen den damals
noch vorliegenden Mehrheitsbeschluß des Haushaltsaus-
schusses. In der Öffentlichkeit spielte der Vorgang prak-
tisch keine Rolle - obwohl die verschleuderte Summe im
Vergleich zu den brutalen Schnitten in den Sozialetat öf-
fentliches Aufsehen verdient hätte.

Nun folgt der zweite Akt.

Soeben hat Wörner wiederum gegen das eindeutige Votum
des Haushaltsausschusses, der ihm wohlweislich ein finan-
zielles Korsett verordnet hatte, weit über alle Maßen
den Geldforderungen der US-Regierung für den nächsten
Fünf-Jahres-Vertrag NATO-Infrastruktur nachgegeben. Das
sowieso schon unverantwortlich hohe Limit überschritt der
für sein Verhandlungsgeschick berühmte Minister um glatte
1,4 Milliarden DM. Damit hat er für die Jahre 1985 bis 89
einen deutschen Anteil von knapp sechs Milliarden DM zuge-
sagt. Da die USA natürlich noch sehr viel mehr wollen
und das NATO-Oberkommando mit Horrorforderungen aufwartet
(Bedrohungsanalyse - der lesenswerteste Unsinn, der unter
"geheim" in deutschen und NATO-Papieren verborgen wird),
ist damit zu rechnen, daß eine Nachverhandlung 1987 ge-
führt wird. Ziel wird dann wie gehabt eine zusätzliche
Ausstockung des laufenden Vertrags sein.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Leidinger Verlag
Wissenschafts-Redaktion
K. Schulz-Platz



Die bundesdeutschen Zahlungen entwickeln sich für diesen Bereich damit wie folgt:

1980 = 182 Millionen DM
1984 = 650 Millionen DM
1987 = 1.200 Millionen DM
1989 = über zwei Milliarden DM.

Und wieder wird es so sein:

Die Koalitionsmehrheit wird ihren Verteidigungsminister nicht im Regen stehen lassen und gehorsam seine Versprechungen nachvollziehen. Die Öffentlichkeit wird teils diese gigantischen Ausgaben für überlebensnotwendig halten (sonst steht der russische Bär bei Fulda), teils wird sie den Vorgang in notarieller Berichterstattung knapp zur Kenntnis nehmen. Eine kritische Wertung mit breiterer Wirkung ist nicht vorzusehen.

Obrigens auch nicht unter den Parlamentariern.

Dabei ist dieser Vorgang nur ein Symptom für das nichtverstandene Selbstverständnis des Parlaments für diese Art langfristiger "Regelung" von Verteilungskämpfen. Mit solchen internationalen und bilateralen Verträgen, die faktisch nicht kündbar und nicht nach unten korrigierbar sind, binden wir uns auf lange Sicht. Und dies ist nicht nur allgemeinpolitisch oder militärisch gemeint, sondern auch in der Verteilung öffentlicher Gelder.

Rechnet man nun die Summen mit ein, die ebenfalls langfristig eingebunden werden in große Rüstungsbeschaffungen, dann wird jetzt - 1984/85 - darüber eine Vorentscheidung getroffen, zu wessen Gunsten die Verteilungskonflikte bis zum Ende des Jahrhunderts voraussichtlich ablaufen.

Unsere politische Nachfolgegeneration wird sich dann bei der Haushaltsberatung 1994 heftig über den Zusammenhang zwischen Verteidigungsausgaben und Sozialhaushalt streiten. Sollte zu diesem Zeitpunkt mit Arbeitsmarktkonflikten, Umweltproblemen, Armutsausbreitung zu rechnen sein, dann gibt es keinen großen Entscheidungsspielraum der Abgeordneten mehr. Die dann agierenden Haushaltspolitiker werden sich mit Engagement um die Zehntausend-Mark-Beträge streiten, während die Milliarden festgezurrert sind.

Ob die List der Vernunft uns rechtzeitig einholt?

(-/21.9.1984/ks/rs)

+ + +



Novellierung des Datenschutzgesetzes Überfällig

Politik muß schnell reagieren, wenn Bürgerrechte nicht beschädigt werden sollen

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Seit sechs Jahren ist das Bundesdatenschutzgesetz in Kraft. Der Gesetzgeber hatte damals Neuland betreten und, was den Schutz der persönlichen Daten angeht, eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen. Schon bei der Schlußberatung des Gesetzes im Bundestag waren sich alle Fraktionen darin einig, daß das Gesetz bald novelliert werden müßte - dann nämlich - wenn entsprechende Erfahrungen mit dem Gesetz vorliegen.

Die Novellierung des Datenschutzgesetzes ist überfällig. Die technische Entwicklung auf dem Gebiet der Daten- und Informationsverarbeitung ist seit Verabschiedung der Datenschutzgesetze stürmisch vorangeschritten. Der Prozeß wird andauern. Wir stehen auf der Schwelle zur Informationsgesellschaft, die nicht aufzuhalten ist. Damit sind neue und neuartige Gefahren und eine persönliche Freiheit des einzelnen verbunden. Der vielzitierte "Gläserne Mensch" ist objektiv möglich. Der Rechtsstaat muß deshalb den fairen Umgang mit Informationen regeln. Die Politik muß schnell reagieren, wenn die Freiheitsrechte des Bürgers nicht unter die informationstechnologischen Räder kommen soll.

Das Bundesverfassungsgericht hat die neue Dimension der Gefährdung der persönlichen Freiheitsrechte in seinem wegweisenden Urteil zur Volkszählung vom 15. Dezember 1983 klar erkannt. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, aus dem abgeleitet wird, daß jeder grundsätzlich wissen muß, wo und zu welchen Zwecken welche Informationen über ihn erhoben, gespeichert und verarbeitet werden, darf nur aufgrund klarer Erforderlichkeit, bei strikter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, bei Normenklarheit und eindeutiger Zweckbindung eingeschränkt werden, wenn dies "im überwiegenden Allgemeininteresse" geboten ist.

Wie viele andere Gesetze auch wird das Datenschutzgesetz diesen Anforderungen nicht gerecht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits am 27. März 1984 einen



Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes vorgelegt. Ziel des Gesetzes ist es, die persönlichen Daten besser als bislang zu schützen.

Insbesondere werden

- die Rechte der Betroffenen zum Beispiel durch die Einführung der unentgeltlichen Auskunft sowie eines verschuldensunabhängigen Schadenersatzanspruches maßgeblich verstärkt und erweitert;
- die Transparenz der Datenverarbeitung erhöht;
- die Rechtsstellung und Befugnisse der Kontrollinstanzen (zum Beispiel Bundesbeauftragter für den Datenschutz, Betriebsbeauftragter, Aufsichtsbehörden) maßgeblich gestärkt;
- und besonders wichtig und eilbedürftig: Sondervorschriften für die Erhebung, Verarbeitung von Arbeitnehmerdaten, also des Arbeitnehmerschutzes, eingeführt.

Die Regierungskoalition ist bislang über Ankündigungen nicht hinausgekommen. Eineinhalb Jahre ließ sie nutzlos verstreichen. Die Novellierung des Datenschutzgesetzes und viele bereichsspezifische Regelungen laufen Gefahr in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden zu können, wenn es die Regierungskoalition bei ihren bisherigen Ankündigungen beläßt.

Wir werden im Innenausschuß auf baldige Beratung unseres Gesetzentwurfes drängen; intensive Beratungen mit öffentlichen Anhörungen sind unerlässlich. Wir sind dabei für Ausweitung und Verbesserung unseres Gesetzentwurfes offen.

(-/21.9.1984/ks/rs)

+ + +



Begegnung mit Soldaten

SPD-Abgeordnete und Bundeswehrangehörige führten fruchtbaren Dialog

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Die SPD-Bundestagsfraktion führte am Mittwoch, 19. September 1984, eine fraktionsinterne Informations- und Arbeitstagung mit rund 90 Angehörigen der Bundeswehr durch. Die Teilnehmer, Soldaten vom Gefreiten bis zum Oberst und zivile Personalrats-Mitglieder, waren von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten eingeladen worden, die größere Bundeswehr-Garnisonen in ihren Wahlkreisen betreuen.

An der Veranstaltung, die auf Initiative des Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel zustande gekommen ist, nahmen 60 Mitglieder der Bundestagsfraktion, darunter auch der Parteivorsitzende Willy Brandt, teil. Die Teilnahme aller im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlichen Fraktionsmitglieder fand bei den Gästen aus der Bundeswehr große Beachtung.

Während der vierstündigen Debatte und im Verlauf eines Gespräches am Abend kamen die Teilnehmer aus der Bundeswehr ausgiebig zu Wort. Sie stellten mit beeindruckender Offenheit die Probleme der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr dar und debattierten freimütig mit den Angehörigen der Fraktion über Fragen der Sicherheitspolitik.

Die Aussprache war durch drei Schwerpunkt-Themen gekennzeichnet: Das Verhältnis der SPD zu Landesverteidigung, Bundeswehr, NATO, die Strategie-Debatte und soziale Fragen und Probleme der Angehörigen der Bundeswehr.

Zum Verhältnis der SPD zu Fragen der Landesverteidigung, zur Bundeswehr und zur NATO-Mitgliedschaft unterstrichen sowohl Dr. Hans-Jochen Vogel als auch Willy Brandt die Gültigkeit der Aussagen im Godesberger Programm der SPD, die im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der Partei nicht nur bestätigt, sondern noch verstärkt und ergänzt würden. Die Bundesrepublik Deutschland kann ihre Friedenspolitik nur innerhalb des NATO-Bündnisses fortsetzen. Eine Grundlage dieser Friedenspolitik ist die Bundeswehr als Instrument der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung.



Diese klaren Aussagen wurden von den Teilnehmern aus der Bundeswehr mit Beifall und Anerkennung aufgenommen. Bei der Erörterung der Strategie-Fragen bestand Einvernehmen darüber, daß unabdingbare Voraussetzung verantwortungsvoller Entscheidungen für die Strategie des Bündnisses eine realistische Bedrohungsanalyse ist. Um diesen Themenbereich wird sich die Partei besonders bemühen.

Im Mittelpunkt der Erörterung der sozialen Fragen und Probleme der Bundeswehr standen der Verwendungs- und Beförderungstau bei den Soldaten und Beamten, die hohe Dienstzeitbelastung vieler Soldaten, die durch die Versetzungshäufigkeit verursachten sozialen Folgen für die Soldatenfamilien und die Ungewißheit über die bevorstehenden Entscheidungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) zur künftigen Personalstruktur der Bundeswehr. Alle Teilnehmer der Veranstaltung nahmen mit großem Befremden die Nachricht darüber auf, daß der Bundesminister der Verteidigung ein Gespräch mit dem Bundesvorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes, ausgelöst durch kritische Anmerkungen des Verbandes über die Sozialmaßnahmen des BMVg, kurzfristig absagen ließ.

Die Informations- und Arbeitstagung mit Angehörigen der Bundeswehr steht in der Kontinuität der auf die Bundeswehr bezogene Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion, insbesondere der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen. Sie ist als "gelungenes Experiment" zu bezeichnen und soll gemäß der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden ihre Fortsetzung finden.

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion haben die angesprochenen Themenbereiche aufgenommen, werden sie auswerten und umsetzen in konkrete Forderungen zur Verbesserung der sozialen und personellen Situation aller Angehörigen der Bundeswehr. Die Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung sind uns eine wertvolle Hilfe für die Debatte über die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur sozialen Lage der Soldaten in den Streitkräften und die seit fünf Monaten ausstehende Antwort der Bundesregierung.
(-/21.9.1984/ks/rs)

+ + +



Europäische Fehlanzeige

Wachsende Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft

Von Helmut Rohde MdB

Allseits wurde bei den Europawahlen erklärt, die Arbeitslosigkeit müsse und solle Mittelpunkt der Gemeinschaftspolitik werden. Und jetzt? Was hat die europäische Politik eigentlich aus dem Vertrauensverlust gelernt, den ihr am Wahltag die Bevölkerung bescheinigt hat?

Zwar erklären die Regierungen dauernd, die Arbeitslosigkeit sei "Thema Nr. 1". Auf ihren europäischen Gipfelkonferenzen kommen sie nur nie dazu. Ihre Tagesordnungen beginnen stets mit dem Punkt "Nr. 2", mit der Gemeinschaftskasse, den Finanzen also, dann folgen die Agrarpolitik und schließlich die Abfassung des Kommuniqués. Arbeitsmarkt- und industriepolitische Initiativen erwartet man vergebens. So sind die Gipfel - vor und nach der Wahl.

Im Wirtschaftsausschuß des Bundestages befragt, ob angesichts wachsender Arbeitslosigkeit in Europa nicht die deutsche Regierung initiativ werden wolle, wick der Wirtschaftsminister ins Allgemeine aus. Dieser Bangemann erweist sich als Kohl-Mann zugleich, ein Generalist also, der lieber abwiegelt und belehrt, mit Vorliebe fürs Allgemeine und mit unverkennbarer Abneigung gegenüber dem Konkreten.

Das Verhalten gegenüber der sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit hat Züge von Dickfelligkeit. Dabei wäre es notwendig, konkret zu werden. Im Juli betrug die Arbeitslosenzahl in der Gemeinschaft 12,3 Millionen, darunter 4,7 Millionen Arbeitnehmer unter 25 Jahre. Fachleute erklären im Übrigen, in Wahrheit sei die Arbeitslosigkeit durch die wachsende Zahl sozial Ausgegliederter noch höher, als die Statistik ausweist. Sie befürchten einen starken Anstieg im Winterhalbjahr.

Gleichzeitig kündigen sich neue Wanderungsbewegungen im Gefolge des Assoziierungs-Abkommens mit der Türkei und der Erweiterung der Gemeinschaft an. Was die Regierung angesichts all dieser Arbeitsmarktprobleme für Perspektiven habe, darüber schwieg sich Bangemann vor den Bundestagsabgeordneten aus. Mit den Türken müsse man sprechen, meinte er. Wann und worüber, mit welchen Zielen und Auswirkungen, dazu gab er keinen konkreten Hinweis.

Und das Europäische Parlament? Folgen und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in Europa, die ja nicht nur binnenwirtschaftliche Ursachen hat, sondern erkennbar auch aus der industriepolitischen Entwicklung sowie den regionalen und sozialen Ungleichgewichten der Gemeinschaft erwächst, bündeln sich. Die Haltung dazu wird für die Bevölkerung zur Meßlatte. Es ist bemerkenswert, wie schnell der Politik die Zusagen und Verkündungen aus dem Europawahlkampf entglitten sind.

(-/21.9.1984/ks/rs)

+ + +

